

Eine Debatte um die Oberhausener AfD

(von E. Noldus)

Über ein halbes Jahr ist seit der Kommunalwahl 2020 vergangen – und die AfD ist bereits zu einem wahrnehmbaren Faktor in der Kommunalpolitik geworden. In der WAZ-Lokalredaktion scheint man immer noch den liebgewonnenen Vorurteilen nachzuhängen. Inzwischen nennt man den AfD-Kreisverband allerdings nicht mehr rassistisch, sondern nur noch „ziemlich rechts“.

Ein Kommentar als Auslöser...

So jedenfalls Lokalredakteur Peter Szymaniak in einem Kommentar, der am 12. Juni im Oberhausener Lokalteil der WAZ veröffentlicht wurde.

Vorgeblich geht es um den „richtigen Umgang“ mit der AfD. Die Altparteien gehen jeder inhaltlichen Auseinandersetzung mit Anträgen der AfD-Fraktion oder der AfD-Bezirksvertretung Alt-Oberhausen aus dem Wege. Gerade letztere hat typisch kommunalpolitische Probleme und Problemchen benannt. Es geht etwa um Parkbänke und Mülleimer an einer Hundewiese oder um defekte Geländer auf der Knappenthalde. Auch diese Anträge werden von den Altparteien kommentarlos abgelehnt, was zuletzt einige WAZ-Leser auf den Plan gerufen hat. Diese distanzieren sich zwar stets von der AfD – was sollen sie auch anderes tun? –, bemängeln aber andererseits das Abstimmungsverhalten in den genannten Fällen.

Das Thema „Knappenthalde“ ist dann von der WAZ aufgegriffen worden und hat den Lokalredakteur Szymaniak zu besagtem Kommentar veranlaßt. Er ermahnt die – übrigen – Lokalpolitiker, sich der Probleme anzunehmen und AfD-Anträgen mit konstruktiven Gegenvorschlägen entgegenzutreten. Man dürfe Wähler, die eigentlich echte Kümmerer suchten, nicht in die Arme der AfD treiben.

Hingegen dürfe und müsse man AfD-Initiativen, „die menschenfeindlich, demokratie-zersetzend und rechtsextremistisch sind“, auch als solche benennen.

Die AfD wirft mit Schmutz um sich – so Herr Szymaniak: Es geht um einen Spendenaufruf an Ratsvertreter, um eine Große Anfragen zur Einwanderung und um eine „Kleine“ zu Briefwahlen.

Gerade die letzte Anfrage hatte lediglich den Zweck, die eher technischen Aspekte einer Briefwahl danach abzufragen, wie eine korrekte Stimmenabgabe und -auszählung sichergestellt wird.

Bei der Kommunalwahl in Stendal 2014 wurden Briefwahlunterlagen manipuliert; der Hauptbeteiligte wurde im März 2017 wegen Wahlbetrug und Urkundenfälschung zu zweieinhalb Jahren Gefängnis verurteilt. Jeder politisch Interessierte weiß, daß es sehr wohl eine Debatte über die Schwächen einer Briefwahl gibt. Es ist also durchaus berechtigt, einmal konkret nachzufragen, wie denn die Stadt Oberhausen den korrekten Ablauf einer Briefwahl sicherstellt. Für Herrn Szymaniak ist das – Schmutz!

Den ersten Leserbrief zu dem genannten Kommentar können wir nur in einer Zusammenfassung bringen. Er bildete den Startschuß zu einer Reihe von Beiträgen recht unterschiedlichen Charakters in der Leserbrief-Ecke der WAZ Oberhausen. Wir dokumentieren diese Debatte, wobei wir in einigen Fällen die Erlaubnis zu vollständigen Wiedergaben durch die Verfasser der Leserbriefe selbst erhalten haben.

Leserbrief von Theo Behle (WAZ 15. 6. 2021)

Der Kommentar spricht Herrn Behle aus der Seele. Er bezeichnet sich als Sozialdemokrat, der nicht den Mut hat, „etwas Positives zur AfD zu schreiben, um nicht in eine ‚falsche Ecke‘ gestellt zu werden.“

Zufällig hat das Allensbach-Institut zeitgleich eine Umfrage zur Meinungsfreiheit in Deutschland durchgeführt. Nur noch 45% der Befragten gab an, man könne seine Meinung frei äußern, während 44% widersprachen. 62% der AfD-Wähler sprachen von einer Einschränkung, 62% der GRÜNEN-Wähler von keiner Einschränkung der Meinungsfreiheit. Diese Zahlen zeigen, in welchem Ausmaß die Leitmedien aller Art linksgrüne Ideologeme verbreiten. Wer die veröffentlichte Mehrheitsmeinung brav verinnerlicht hat, macht sich folgerichtig weniger Sorgen um die Meinungsfreiheit der Anderen.

Im Mai 2019 hatte die Frankfurter Allgemeine Zeitung eine vergleichbare Studie bei Allensbach in Auftrag gegeben. Unter dem Titel „Grenzen der Freiheit“ erschien am 23. 5. 2019 in der FAZ eine Auswertung, welche man mit dem dazugehörigen Umfragematerial unter folgendem Link als pdf-Datei aufrufen kann:

https://www.ifd-allensbach.de/fileadmin/user_upload/FAZ_Mai2019_Meinungsfreiheit.pdf

Wir sehen also, daß die von Herrn Behle geäußerte Sorge über die „falsche Ecke“ inzwischen von vielen Bundesbürgern geteilt wird.

Der Kommentar vom 12. Juni hat den Stadtverordneten Noldus dazu veranlaßt, Herrn Szymaniak am 15. Juni in der Sache persönlich anzuschreiben. Diese Zuschrift ist interessanterweise auch veröffentlicht worden. Die kursiv gedruckten Stellen sind diejenigen des Originals, welche wohl aus Platzgründen (Leserbrief-Ecke) nicht veröffentlicht worden sind.

Schreiben von Erich Noldus an Peter Szymaniak (WAZ 18. 6. 2021)

Danke, Herr Szymaniak!

Nach mehr als einem halben Jahr im Stadtrat dürfen wir uns endlich über Komplimente der WAZ-Lokalredaktion freuen!

Wieder einmal hat die AfD eine komplette WAZ-Seite mit „ihrem Thema“ gekapert. Dieses Mal ist es nicht eine unbedarfte Zeilenschinderin, die sich über Rassismus im AfD-Kreisverband ausläßt, sondern der Leiter der Lokalredaktion höchstpersönlich bemüht sich – am 12. Juni – um die Knappenhalde und die AfD-Ratsfraktion.

Wir verunglimpfen Minderheiten und schüren Vorurteile gegen demokratische Politiker. Wir werfen mit Schmutz in der Hoffnung, daß etwas hängenbleibt. Wir unterstellen Flüchtlingen einen Hang zu Lügen und Kriminalität. Und das Beste zum Schluß: Wir suhlen uns in der Opfer-Rolle!

Herzlichen Dank für Ihre Komplimente, Herr Szymaniak! Ihre Verbissenheit zeigt uns als Fraktion, daß wir auf dem richtigen Wege sind. Diesen

Weg hat der seit Oktober 2019 bestehende Kreisverbandsvorstand konsequent beschritten und er wird auch nicht davon abrücken: Mit unseren begrenzten Mitteln sachliche Arbeit für Oberhausen zu leisten und sich dem Votum der Wähler stellen.

Als einzige Fraktion haben wir seit November 2020 stets geschlossen gegen die Selbstentmachtung des Stadtrates gestimmt, weil wir unsere Verantwortung gegenüber unseren eigenen Wählern ernst nehmen. Die übrigen Mandatsträger haben sich davongemacht und ihre Rechte im Stadtrat an den Haupt- und Finanzausschuß abgetreten.

Die Flucht aus der eigenen Verantwortung und die Unfähigkeit, die Dinge so zu betrachten, wie sie sind, machen es den übrigen Stadtverordneten nahezu unmöglich, sich inhaltlich mit uns auseinanderzusetzen. Schreiben Sie ruhig weiter Ihre Kommentare, Herr Szymaniak! Sie werden Ihren Lesern die Augen öffnen – aber in einem ganz anderen Sinne, als Sie es sich erträumen!

Dieses Schreiben hatte dann zwei recht heftige Reaktionen zur Folge. Bereits am nächsten Tag erschienen zwei Leserbriefe dazu.

Leserbrief von Dr. Ulrich Samse (WAZ 19. 6. 2021)

Der Schreiber sieht in dem Szymaniak-Kommentar ein „anerkanntes Beispiel für dialogischen Umgang mit Sachthemen, faire Förderung des öffentlichen Diskurses“ und anderes mehr. Die Zuschrift von Herrn Noldus gilt ihm als „Manöver, die AfD-Ratsfraktion auf stramme antidemokratische Linie“ zu bringen. „Auch die Pressefreiheit wird damit unterlaufen“.

Die Zuschrift endet mit einem Appell an die Oberhausener, nicht in den Dunstkreis antidemokratischer Kräfte zu geraten, sondern eine demokratische Mehrheitsbildung „auf dem Wege eines dialogischen Meinungsbildungsprozesses“ herbeizuführen.

Das einzig Bemerkenswerte an diesem Schreiben ist die Tatsache, daß es sich in rhetorischen Allgemeinplätzen verliert. Beleidigende oder unwahre Behauptungen des Herrn Szymaniak, die dieser sprachlich gut zu tarnen weiß, indem er allgemein von „weiten Teilen der AfD“ spricht (aber auf den AfD-Kreisverband zielt), nimmt Herr Dr. Samse nicht zur Kenntnis, weil sie möglicherweise seinem Bild von der AfD entsprechen.

Offenbar ist dem Herrn auch entgangen, daß der Stadtverordnete Noldus Mitglied der AfD-Ratsfraktion ist und nicht ein Außenstehender, der die Fraktion auf irgendeinen „Kurs“ bringen möchte. Der „Kommentar zum Kommentar“ stellt vielmehr eine Äußerung dar, welche von der AfD-Fraktion insgesamt gedeckt wird.

Völlig schleierhaft ist es, wie man mit einer Antwort an Herrn Szymaniak die Pressefreiheit unterlaufen könnte. Diese Behauptung wird auch nur ansatzweise nicht untermauert. Es handelt sich vielmehr um eine rhetorische Floskel, die den unaufmerksamen Leser einlullen soll.

Den Schlußteil können wir sogar in einem Punkte unterschreiben. Auch die AfD – Kreisverband und Fraktion – tritt dafür ein, die Meinungsbildung auf dem Wege der öffentlichen Debatte voranzubringen. Wenn Herr Dr. Samse die AfD im „antidemokratischen Dunstkreis“ verortet, vertritt er in sprachlich angemessener Weise eine legitime persönliche Meinung. Ob und in welchem Maße diese Bewertung zutrifft, kann durchaus Gegenstand einer Debatte im öffentlichen Raum sein.

Die ebenfalls am 19. Juni veröffentlichte Zuschrift von Gerhard Niemeyer können wir in ihrem vollen Wortlaut bringen, da uns der Verfasser dazu sein Einverständnis schriftlich gegeben hat.

Leserbrief von Gerhard Niemeyer (WAZ 19. 6. 2021)

Eine Frechheit

Hallo Herr Noldus, bei Ihrer Antwort auf den Kommentar von Herrn Szymaniak frage ich mich, ob Sie wirklich begriffen haben, was der Kommentar sagen will. Es geht darum, relevante Themen aufzugreifen und nicht wegzuschieben, wenn sie auf den Tisch kommen. Wenn aber Fragen und Anträge mit dem erkennbaren Hintergrund gestellt werden, mit Schmutz und Dreck um sich zu werfen und Menschen gleich welcher Herkunft zu diskreditieren, sollten diese ganz einfach nur ignoriert werden, da eine sachliche Diskussionsgrundlage fehlt. Wenn aber die Ergebnisse der Briefwahl bereits vor der Wahl angezweifelt werden, sollte man an geeigneter Stelle (Ordnungsamt oder Staatsanwaltschaft) prüfen, ob hier nicht der Tatbestand der üblen Nachrede erfüllt ist. Das gleiche gilt für die Behauptung, die Mandatsträger würden ihre Pflichten nicht erfüllen. Eine unverschämte Frechheit, die nicht unwidersprochen bleiben darf.

Angesichts der ehrlichen Entrüstung des Schreibers sehen wir über den aufgeregten Ton der Zuschrift hinweg und konzentrieren uns auf das Wesentliche. Die zur Debatte stehende Frage ist doch, welche Themen „relevant“ sind und welche nur dazu dienen, „mit Schmutz“ zu werfen.

In der oben erwähnten, von der FAZ in Auftrag gegebene Allensbach-Studie aus dem Jahre 2019 wurde auch gefragt, bei welchen Themen man sich öffentlich „leicht den Mund verbrennen kann“. An der Spitze der „heiklen Themen“ standen mit den höchsten Zustimmungswerten:

Flüchtlinge 71%, Muslime/Islam 66%, Juden 63%, Hitler/Drittes Reich 58%. Alle anderen „heiklen Themen“, angefangen bei Rechtsextremismus, AfD, Homosexuelle usw., lagen bei Werten unter 50%.

Die AfD-Ratsfraktion hatte am 22. Januar 2021 eine Große Anfrage zum Thema „Sachstandsbericht Einwanderung“ an die Stadt Oberhausen gerichtet. Ein Sachstandsbericht ist ein Ersuchen an die Verwaltung, zu einem Sachthema Auskunft zu erteilen. Das kann auch in der Form eines Antrages

in einem Ausschuß geschehen (als „Prüfauftrag an die Verwaltung“) und dient dazu, die materiellen Grundlagen für eine daran sich anschließende sachbezogene Debatte bereitzustellen.

In der Geschäftsordnung des Rates der Stadt Oberhausen sind in § 6 die Rahmenbedingungen für eine Große Anfrage festgelegt:

Es kann nur eine Fraktion oder ein Fünftel aller Stadtverordneten vom Oberbürgermeister eine schriftliche Auskunft über Angelegenheiten mit besonderer kommunalpolitischer Bedeutung verlangen. Die Beantwortung hat innerhalb von acht Wochen zu erfolgen und das Thema ist dann auf der direkt daran anschließenden Ratssitzung zu behandeln. Eine Vorberatung in Ausschüssen findet nicht statt.

Die antragstellende Fraktion begründet in der Ratssitzung ihre Anfrage. Daraufhin hat die Verwaltung eine Stellungnahme abzugeben. Danach tritt der Rat in die Beratung ein.

Am 3. 5. 2021 ist dann in der Ratssitzung (ersatzweise des Haupt- und Finanzausschusses) unter Tagesordnungspunkt 3 die Große Anfrage als Vorlage M/17/0628-01 behandelt worden.

Der Begründung vom Stadtverordneten Kempkes folgte die Stellungnahme der Verwaltung durch den Dezernenten Herrn Motschull. Wortmeldungen im Anschluß daran gab es keine.

Dieser „Sachstandsbericht Einwanderung“ ist von Herrn Szymaniak in seinem Kommentar vom 12. Juni als ein Beispiel dafür genannt worden, daß die AfD-Fraktion versuche, „mit Schmutz zu werfen“. Aus der oben angeführten Zuschrift des Herrn Niemeyer ist ersichtlich, daß diese völlig haltlose Behauptung offenbar auf fruchtbaren Boden gefallen ist.

Wir können Herrn Niemeyer zugute halten, daß er kaum in der Lage gewesen sein kann, den Sachgehalt der Behauptung Herrn Szymaniaks bzw. der Großen Anfrage eigenständig zu prüfen. Das kann jeder Leser nachholen:

Man trage in eine beliebige Suchmaschine die Begriffe „oberhausen ratsinformationssystem“ ein und gelangt dadurch zum Treffer „Ratsinformationssystem – Oberhausen“. Der dortige Link „Ratsinformationssystem“ führt zum „Bürgerinformationssystem“. Dieses enthält die für die breite Öffentlichkeit freigegebenen Informationen der Stadt Oberhausen (das „Ratsinformationssystem“ ist paßwortgeschützt).

Im Menü links trägt man unter Recherche – Textrecherche die oben genannte M-Nummer der AfD-Anfrage ein. In dem neuen Fenster klickt man sich oben rechts unter Vorlage-Sammeldokument zur Großen Anfrage durch.

Wir erläutern diesen Punkt deshalb so ausführlich, damit sich jeder Interessierte selbst ein Bild davon machen kann, inwieweit die Behauptung des Herrn Szymaniak gerechtfertigt ist oder nicht.

Einmal im Hinblick auf die formalen Voraussetzungen nach § 6 der Geschäftsordnung des Rates: Die Große Anfrage wird von der Verwaltung beantwortet, die in ihrem Ermessen auch darüber befindet, ob Fragen beantwortet werden oder nicht bzw. ob Fragen öffentlich beantwortet werden. Dann hat sie zwei Monate Zeit zur sorgfältigen Prüfung. Das Thema wird im Rat behandelt und jede Ratsfraktion kann sich dazu äußern.

Allein dadurch ist schon klar, daß eine Große Anfrage als Anlaß für eine Polemik denkbar ungeeignet ist. Ferner besteht deren Sinn darin, eine mit Sachverstand breit geführte Debatte zu beginnen.

Die übrigen Ratsfraktionen haben durch ihr Schweigen den Sinn der Großen Anfrage in ihr Gegenteil verkehrt. Nicht die AfD-Fraktion scheut die öffentliche Debatte, die Altparteien tun dies.

Die in der FAZ-Umfrage von 2019 aufgeführten „heiklen Themen“ sind allein heikel für das linksgrüne Meinungskartell, da deren Lebenslügen und Selbsttäuschungen medial als Tabuthemen behandelt werden, die nur einen ganz engen, vom Kartell sanktionierten Meinungsspielraum erlauben. Der Politologe Werner Patzelt hat die dabei wirkenden Mechanismen 2018 als „verleumdenden Journalismus“ bezeichnet und analysiert.

Eine Kleine Anfrage der AfD-Fraktion beschäftigte sich mit technischen Aspekten der Briefwahl unter dem besonderen Gesichtspunkt der unabhängigen Kontrolle der damit verbundenen Abläufe. Hier wie auch zu der Kompetenzverlagerung vom Stadtrat auf den Haupt- und Finanzausschuß hat der Stadtverordnete Noldus in einem weiter unten zitierten Schreiben Stellung genommen.

Ein weiterer Leserbrief setzte sich kritisch, aber sachlich adäquat mit dem Antwortschreiben von Herrn Noldus auseinander. Wir lassen den Namen weg, weil wir glauben, so den Wünschen des Betroffenen am ehesten zu entsprechen.

Leserbrief von D. B. (WAZ 22. 6. 2021)

Die Arbeit in Ausschüssen sei zeitaufwendig und interessant bis zäh und kräftezehrend. Die AfD-Anträge in den Gremien deuteten darauf hin, daß die AfD an einem offenen Diskurs nicht interessiert sei; vermutlich liege ein personeller Engpaß vor.

Die Anträge betreffend Parkbänke, Mülleimer oder Hinweisschilder seien kaum als politisch relevant zu betrachten. Es habe auch keine „Selbstentmachtung“ des Stadtrates vorgelegen, sondern man habe sich pandemiebedingt auf eine Reduzierung der Ausschußbesetzungen geeinigt.

Der Schlußteil widmet sich den Gründen, wegen derer Herr B. der AfD mit großem Mißtrauen begegnet und erklärt damit die Nichtbeachtung durch die anderen Parteien.

Auf eine Anfrage hin hat Herr B. leider die komplette Wiedergabe seines Briefes nicht erlaubt, aber einige Erläuterungen gegeben. Er hat sich nach eigenem Bekunden aus den Medien über die AfD informiert und darin gründe sich sein tiefes Mißtrauen. Die Absicht seines Leserbriefes sei eine Warnung vor der AfD gewesen, nicht aber etwa eine moderierende Rolle.

Auch auf dieses Schreiben ist Herr Noldus in einer weiteren Zuschrift an die WAZ eingegangen. Herr B's Ansicht über die angebliche Selbstentmachtung ist darauf zurückzuführen, daß die Frage der Kompetenzverlagerung vom Stadtrat in den Haupt- und Finanzausschuß niemals angemessen in der Öffentlichkeit diskutiert worden ist. Die „pandemiebedingte Delegation“ war und ist ein Märchen, weil während der ganzen Zeit ohne Stadtrat (gemeint ab November 2020, da wir ab dann davon eine eigene Kenntnis besitzen) der Integrationsrat – insgesamt etwa 50 Personen mit Gästen – ohne Probleme im Saal Berlin der Luise-Albertz-Halle getagt hat. Die Bestuhlung dort hat etwa 130 Plätze unter Einhaltung der Corona-Schutzverordnungen umfaßt.

Am 23. Juni folgte ein weiterer Leserbrief, dessen sachliche Einordnung recht schwer fällt. Tonfall und Argumentation zeigen aber, welche Wirkung polemische Kommentare haben können. Auf eine Bitte um Veröffentlichung antwortete der Betreffende in einem Schreiben – ohne Anrede und ohne Grußformel. Er verbat sich auch die auszugsweise Wiedergabe und drohte mit seinem Rechtsanwalt.

Leserbrief von Ortwin Benninghoff (WAZ 23. 6. 2021)

Aus den vorgenannten Gründen lassen wir es bei einer Sammlung der Ausdrücke bewenden, die in diesem Leserbrief von „Prof. Ortwin Benninghoff“ (so im Antwortschreiben) Verwendung fanden:

- egomanes Gegreine;
- peinliches Gestammel;
- eine Partei, die die Chuzpe hat;
- faschistoides Gebrüll;
- Aufjaulen der Betroffenen.

Der Verfasser dieser Zeilen gesteht, peinlich berührt gewesen zu sein. Einmal wegen der WAZ-Lokalredaktion, die eine derart unsachliche Zuschrift überhaupt veröffentlicht hat, anstatt sie dahin zu befördern, wo sie hingehört. Zum anderen von dem „Prof.“ im Antwortschreiben, weil akademische Meriten offenbar nicht vor Niveaulosigkeit schützen.

Als Reaktion auf die bisherigen Zuschriften verfaßte Herr Noldus am 23. Juni einen weiteren Leserbrief, der dann allerdings erst am 2. Juli veröffentlicht wurde. Wir lassen ihn in der Chronologie weiter unten folgen.

Am 28. Juni folgte der nächste Leserbrief in dieser Sache, den wir ebenfalls im Wortlaut bringen können. Der Verfasser hat uns dazu die Einwilligung erteilt, aber darum gebeten, seinen Namen zu anonymisieren. Auch hier bezeichnen die kursiv gedruckten Passagen die von der Lokalredaktion vorgenommenen Streichungen.

Leserbrief von hwn (WAZ 28. 6. 2021)

In meinem Leserbrief beziehe ich mich auf die beiden Leserbriefe vom 19. Juni in der Oberhausener WAZ.

Die süffisant, ironische Auseinandersetzung des Herrn Noldus von der AfD mit der städtischen Politik in Oberhausen und deren medialer Aufbereitung, hat geschwind in Person fleißiger Leserbriefschreiber aus dem kirchlich-protestantischen Milieu geführt.

Bemerkenswert ist, daß in beiden Leserbriefen mit moralisch gewaltig aufgeladenen Argumenten die Stigmatisierung der AfD in unserer „auseinanderdriftenden“ Gesellschaft empfohlen wird. Einmal, weil sie in ihrer „Schmutz- und Drecksecke“ verharrt, so Niemeyer, ein anderes Mal, weil sie keinesfalls die „demokratieaffine Mehrheitsgesellschaft“ stören

darf. *Damit outen sich die Leserbriefschreiber als Vertreter der Postdemokratie (Crouch, Lessenich, Bogner).* In ihrer paradigmatischen Feindbild-Rhetorik, in der vertraute politische Kategorien wie links und rechts, unten und oben keine Geltung mehr haben, legen sie wider oder ohne besseres Wissen ethisch-moralische Kategorien von Gut und Böse an, welche das politische System, in dem es um Macht geht, gar nicht bearbeiten kann (Luhmann).

In einer „demokratieaffinen Gesellschaft“, was immer das sein mag, werden all diejenigen, die den identitären, aus Ideologien entwickelten Normen und Moralitäten nicht entsprechen, aussortiert, so daß Gegenpositionen und Streit, Basis jeglicher Demokratie, gar nicht mehr möglich sind. *In Samses paradoxer Logik eben: Versöhnen statt spalten, weil nicht mehr gespalten werden kann.*

Wenn Politik und auch Demokratie nur so einfach wären! Was immer man von der AfD halten mag, sie hat in demokratischen Wahlen ihre Mandate errungen. Sich streitig und differenziert mit ihren Positionen auseinanderzusetzen und nicht durch Beschweigen, Nichtbeachten oder Behandlung mit der Moralkeule einer Elitenmoral zu unterwerfen, ist man zumindest den Wählern schuldig.

Eine Bewertung wollen wir hier nicht vornehmen, da uns der Wissenshorizont von „hwn“ fehlt. Die Soziologie ist uns zu theorielastig und abgehoben; und diese Einstellung hat uns davor bewahrt, sich näher mit den im Leserbrief genannten Soziologen zu beschäftigen. Wir stellen die Berechtigung eines soziologischen Ansatzes nicht in Frage, aber der historische liegt uns einfach näher.

Einfacher, aber im Kern der Sache gleich, hat es Herr B. in seiner Zuschrift an Herrn Noldus ausgedrückt:

„Es ist mit meinem demokratischen Grundverständnis nicht vereinbar, daß die Parteien selbst entscheiden, welche anderen Parteien demokratisch sind und welche nicht...“

So etwas muß in einem parteiübergreifenden öffentlichen Diskurs geschehen. Dazu müssen die etablierten Parteien bereit sein und die Oberhausener AfD muß sich klar abgrenzen von reaktionärem und faschistischem Gedankengut in ihre Reihen.“

Wobei wir uns natürlich dagegen verwahren, daß „in unseren Reihen“ reaktionäres und faschistisches Gedankengut gepflegt wird.

Den nachfolgenden Leserbrief können wir mit Erlaubnis der Verfasserin ebenfalls komplett bringen, respektieren aber deren Wunsch, an dieser Stelle nicht namentlich genannt zu werden.

Leserbrief von X (WAZ 30. 6. 2021)

Kaum ein Kommentar erhitzt die Gemüter so sehr wie dieser. In der Kernaussage richtig „Wer Probleme ignoriert, handelt im Umgang mit

der AfD falsch“, jedoch in dogmatischen Parolen und Verunglimpfungen eingebettet. Typisch für dieses aussagekräftige „ja, aber“. Noch deutlicher hätten die Kernaussagen nicht unterstrichen werden können.

Die größte Errungenschaft unser Gründerväter ist das Grundgesetz, welches unter anderem in Artikel 5 die Meinungsfreiheit garantiert. Was unserer Gesellschaft abhanden gekommen ist, ist Meinungstoleranz und Meinungsvielfalt. Das Erzeugen von Feindbildern ist en vogue – und dieser Kommentar vom 12. Juni trug ein großes Stück dazu bei.

Ein kurzes, aber ausgewogen formuliertes Schreiben, welches dennoch in richtiger Weise auf den Zwiespalt im Szymaniak-Kommentar hinweist. Was wir ebenfalls unterschreiben können, ist das konstatierte Fehlen der Meinungsvielfalt in den Leitmedien, die allzuoft selber Partei sind anstatt ihrem Selbstanspruch als „vierte Gewalt“ im Staate zu genügen.

Der nachfolgende Leserbrief von Erich Noldus ist nur in Auszügen veröffentlicht worden. Die Auslassungen sind in Kursivdruck gesetzt. Wir haben Verständnis für redaktionelle Kürzungen, bedauern aber gerade die Weglassung des kompletten letzten Absatzes, weil er sich mit dem zentralen Argument der Kompetenzverlagerung vom Stadtrat in den Haupt- und Finanzausschuß kritisch auseinandersetzt.

Die WAZ-Lokalredaktion hat übrigens einmal einen Artikel zur Haltung der AfD in dieser Frage veröffentlicht. Ausgerechnet der dort ebenfalls genannte Hinweis auf den Integrationsrat wurde durch die unverfängliche Variante ersetzt, der Stadtrat habe doch auch am 16. November 2020 eine Sitzung (aus Anlaß seiner Konstituierung) durchgeführt.

Leserbrief vom 23. 6. 2021 von Erich Noldus (WAZ 2. 7. 2021)

Nach immerhin vier Leserbriefen zu meiner Zuschrift hätte ich gerne die Gelegenheit zu einer Stellungnahme.

Herr Dr. Samse sieht im Kommentar von Herrn Szymaniak vom 12. Juni ein „Plädoyer für unseren freiheitlich-demokratischen Rechtsstaat inklusive Pressefreiheit“. Ich sehe im ersten Teil nur pauschale Angriffe, die uns gedanklich in die Nähe einer Tierart rücken (das „Suhlen in der Opfer-Rolle“). Inwieweit Herr Szymaniak dadurch seine sachlichen Argumente selbst entwertet, mag jeder für sich beurteilen.

Der Einwand von Herrn Niemeyer, selbstverständlich müsse man diffamierende Anträge und Fragen zurückweisen, illustriert die Wirkung: Eine haltlose Behauptung wird hier von ihm als Tatsache aufgefaßt. Für Leser mit dem geistigen Horizont eines Herrn Ortwin Benninghoff ist der Kommentar allerdings sehr passend gewesen.

Das Ziel unserer politischen Arbeit besteht nicht im Diffamieren, sondern in einer möglichst unvoreingenommenen Betrachtung der Tatsachen. *Sie wird so-*

wohl im Bürgerinformationssystem der Stadt wie auch im Internet von der Fraktion selbst dokumentiert.

Herrn B's Ausführungen über die oft trockene Routine der Ausschußarbeit kann man im wesentlichen bestätigen. Gerade als BOB-Vertreter wird er nachvollziehen können, daß eine vierköpfige Fraktion mit der Themenbreite der „Großen“ nicht mithalten kann. *Nicht zuletzt deshalb habe ich selbst von „unseren begrenzten Mitteln“ gesprochen.*

Die AfD-Fraktion hat eigene Anträge nicht nur zu Parkbänken, sondern u. a. auch zum „Sicheren Hafen“ gestellt. In der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses (HFA, 22 Mitglieder) am 3. Mai hat sie zusammen mit LINKEN, GRÜNEN und SPD (12 gegen 10 Stimmen) die Bebauung einer Grünfläche an der Falkestraße verhindert.

SPD, GRÜNE und LINKE hatten im Februar einen gemeinsamen Antrag zum „Sicheren Hafen“ (Aufnahme von Flüchtlingen) gebracht. Im Rat hätten diese 30 von 59 Stimmen auf sich vereinigt. Im HFA fehlte ihnen mit 11 Stimmen die notwendige Mehrheit. Die Kompetenzverlagerung in den HFA hat tatsächlich zu einer Mißachtung des mehrheitlichen Wählerwillens in Oberhausen geführt. Ganz nebenbei hatte der Stadtverordnete Horn praktisch sein Mandat verloren, da er im HFA nicht stimmberechtigt war.

Alles geschah im Einklang mit der NRW-Gemeindeordnung, die allerdings für die vorgenommene Kompetenzverlagerung überhaupt nicht konzipiert worden ist. Darin liegt m. E. die politische Bedeutung der Corona-Pandemie.

Während der gesamten Pandemiezeit hat der Integrationsrat (ca. 50 Personen) im Saal Berlin der Luise-Albertz-Halle getagt bei einer Bestuhlung von ca. 130 Plätzen unter Berücksichtigung der Corona-Vorschriften. Der Stadtrat (ca. 80 Personen) hätte also durchaus tagen können, wenn der politische Wille dagewesen wäre. Ich nenne das eine Flucht aus der Verantwortung gegenüber den eigenen Wählern.